



Krieg in der Ukraine

«Frauen müssen vor Ausbeutung geschützt werden»

Tausende Frauen und Kinder sind wegen dem Krieg in der Ukraine auf der Flucht. Gerade sie seien besonders verletzlich, sagt Lelia Hunziker von der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ). Sie fordert, dass der Staat schützende Strukturen schafft und die Frauen finanziell unterstützt.

von Andreas Bättig

17. März 2022



Nach der Invasion Russlands in die Ukraine sind Tausende, besonders Frauen und Kinder, in die Nachbarländer geflüchtet. Die Aufnahme zeigt eine Gruppe in Ungarn. (Bild: Keystone/ Matija Habljak)

Frau Hunziker, in den letzten Wochen haben unzählige Frauen und Kinder ihre Heimat verlassen müssen. Haben Sie Kontakt zu diesen Menschen?

Die FIZ hat sehr viel Erfahrung mit Geflüchteten, die Opfer von Menschenhandel geworden sind und verfügt deshalb über ein gutes Netzwerk. Wir sind in engem Kontakt mit Partnerorganisationen wie «La Strada» in Kiew. Aktuell versuchen wir, uns einen Überblick zu verschaffen. Die Situation ist chaotisch und verändert sich schnell. Es ist nun besonders wichtig, dass die Frauen bereits vor der Flucht informiert werden, wie sie sich schützen können.

Werbung



Web Ansicht



Auftrag: 302003
Themen-Nr.: 302.003

Referenz: 83718120
Ausschnitt Seite: 2/4



Kirchen finanzieren mit

Die FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration setzt sich für den Schutz und die Rechte von Migrantinnen und Migranten ein, die von Gewalt und Ausbeutung betroffen sind. Zu diesem Zweck führt sie die Beratungsstelle für Migrantinnen und das spezialisierte Opferschutzprogramm für Betroffene von Menschenhandel. Die Fachstelle leistet zudem bildende und politische Arbeit.

2019 hat die FIZ das Projekt «Umfassender Schutz für Opfer von Menschenhandel im Asylbereich» lanciert. Dieses wird von der Reformierten Kirche Kanton Zürich, der Katholischen Kirche im Kanton Zürich und dem Katholischen Stadtverband Zürich mit einem Betrag von 1,5 Millionen Franken über drei Jahre finanziert. (bat)

Welche Tipps geben Sie Ihnen?

Zum Beispiel, dass sie in kleinen Gruppen reisen sollen. Wichtig ist auch, dass sie beim Einsteigen in ein fremdes Auto den Kontakt der Fahrerin, des Fahrers verlangen und diesen weitergeben an ihre Eltern oder andere Personen in ihrem engen Umfeld. Auch sollen sie vor der Reise fragen, wie und wo sie untergebracht werden. Identitäts- und Reisedokumente sollten sie bei sich behalten. Am besten wären direkte Transporte in die Schweiz, damit verletzte Frauen und Kinder nicht alleine unterwegs sein müssen.

Welche Gefahren gibt es besonders für diese Personen?

Auf der Flucht sind Menschen sehr verletzlich, weil sie von Hilfe abhängig sind. Das kann ausgenutzt werden. Die Währung kann Sex, Arbeit oder Ausbeutung sein. Ausbeutung hat verschiedene Formen. Als billige Arbeitskraft – zum Beispiel im Baubereich, in der Hauswirtschaft, in der Gastronomie oder in der Prostitution. Vor dieser Ausbeutung müssen Frauen geschützt werden.

Die Schweiz scheint die Asylsuchenden mit offenen Armen zu empfangen. Man spricht sogar davon, dass sie sofort in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Wie finden Sie das?



Das ist schön und gut, aber es braucht dringend eine Arbeitsmarktaufsicht. Ansonsten besteht auch hier die Gefahr von Ausbeutung, etwa in Form von Lohndumping. Menschenhandel ist ein Hol-Delikt. Selten kommen Menschen zu uns und sagen, dass sie ausgebeutet werden. Deshalb muss der Staat seine Verantwortung wahrnehmen und diese Menschen schützen.

« Zum Glück gibt es Landeskirchen wie diejenige im Kanton Zürich, die uns als spezialisierte Fachstelle für Menschenhandel Gelder spricht. »

Was fordern Sie von der Politik?

Das Schweizerische Recht bestimmt, dass nur jene Personen finanziell unterstützt werden, die Opfer von Menschenhandel in der Schweiz wurden. Wurde etwa eine ukrainische Frau in Ungarn oder Moldawien ausgebeutet und gelingt es ihr, in die Schweiz zu flüchten, finanziert der Staat ihre Unterstützung nicht. Das muss sich ändern. Es ist ein politischer Prozess, der sehr harzig verläuft. Zum Glück gibt es Landeskirchen wie diejenige im Kanton Zürich, die uns als spezialisierte Fachstelle für Menschenhandel Gelder spricht. So können wir auch in diesen Fällen Unterstützung bieten.

Neben Frauen sind auch viele Kinder auf der Flucht. Was muss für sie getan werden?

Das Schweizer Kitaangebot muss weiter ausgebaut werden. Geflüchtete Mütter sind hier zumindest zu Beginn alleinerziehend, weil die Männer in der Ukraine bleiben mussten. Ansonsten gilt für sie das Gleiche wie bei den Erwachsenen: Die Unterbringung muss so gestaltet sein, dass die Privatsphäre und das Kindeswohl geschützt sind. Aus unserer Erfahrung eignen sich grosse Aufnahmezentren für Frauen mit Kindern schlecht.

« Es ist schön, dass nun Bewegung in den Asylbereich kommt. Aber es sollten für alle die gleichen Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten gelten. »

Viele Privatpersonen wollen Flüchtlinge bei sich aufnehmen. Was gibt es hier zu beachten?

Man darf nicht naiv an die Sache herangehen. Für Personen, die sich vorstellen könnten, Geflüchtete aufzunehmen, ist es wichtig, sich im Vorfeld genau zu informieren. Zum Beispiel, indem man Fachstellen kontaktiert. Gerade bei privaten Unterkünften kann es sein, dass es zu Konflikten kommt. Es muss ein Bewusstsein darüber bestehen, welche Hürden das Zusammenleben allenfalls erschweren können: Sprachbarrieren, Traumatisierung der geflüchteten Personen etc. Es braucht deshalb eine Vorbereitung und eine engmaschige Begleitung durch staatliche oder vom Staat beauftragten Stellen. Alle müssen wissen, was ihre Rechte und Pflichten sind. Die Erwartungen beider Seiten und die Bedürfnisse der Gäste müssen geklärt werden. Für öffentliche Unterbringung eignen sich kleinere Zentren für 20 bis 30 Personen, zum Beispiel in einem Mehrfamilienhaus. Das ist übersichtlich für die Betreuung und gut zu bewirtschaften.

Diese Woche haben Sie eine Medienmitteilung zur aktuellen Flüchtlingssituation verschickt. Darin warnen Sie davor, dass keine Zweiklassen-Gesellschaft im Asylwesen entsteht. Was meinen Sie damit?

Schutzsuchende aus der Ukraine erhalten den Schutzstatus S. Das heisst, dass sie ohne Asylverfahren vorerst ein Jahr in der Schweiz bleiben, zur Schule gehen können und einer Erwerbsarbeit nachgehen dürfen. Das ist gut und richtig und genauso, wie es sein soll. Andere Menschen im Asylverfahren aus ähnlich prekären Situationen bekommen diesen Status nicht automatisch zugesprochen. Im Kontext der Kriegssituation in der Ukraine werden auch Massnahmen wie ein Gratis-GA und so weiter diskutiert. Rasche Einbindung in den Arbeitsmarkt, auf den Einzelfall abgestimmte Unterbringungsmöglichkeiten, Ermöglichung der Mobilität und so weiter. Das sind Dinge, die wir seit Jahren fordern. Es ist schön, dass nun Bewegung in den Asylbereich kommt. Aber es sollten für alle die gleichen Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten gelten. Katholisch · Reformiert · Landeskirche · Europa · Armut ·



Entwicklungszusammenarbeit · Ethik · Gender · Gesellschaft · Hilfswerke · Menschenrechte · Migration · Politik ·
Wirtschaft